

Am Montag hatte ich eine Gerichtsverhandlung gegen die GEZ – seit der sogenannten „Rundfunkbeitragspflicht“ vom 2013 in ARD-ZDF-Deutschlandradio umbenannt – bzw. gegen den Westdeutschen Rundfunk. Obwohl sich der öffentlich-rechtlicher Rundfunk nach § 11 des eigenen Rundfunkstaatsvertrags bzw. nach § 26 des Medienstaatsvertrags zu einer (ich zitiere) „unabhängigen, sachlichen, wahrheitsgemäßen und umfassenden Information und Berichterstattung“ verpflichtet und (weiteres Zitat) „die einem öffentlich-rechtlichen Profil entsprechenden Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit“ zu „achten und in ihren Angeboten eine möglichst breite Themen- und Meinungsvielfalt ausgewogen“ darzustellen hat, könnte diese Beschreibung nicht weiter von der Realität entfernt sein. Die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien war nie besonders objektiv und wahrheitsgemäß, wie wir am Beispiel von zahlreichen außen- und innenpolitischen Themen, wie etwa den beiden Irakkriegen, dem Jugoslawienkrieg, 9/11, dem Afghanistankrieg, der Finanzkrise vom 2008, Libyen, Syrien, Venezuela, der Sozialpolitik, der Umweltpolitik und vielen weiteren Themen feststellen konnten. Mit der Berichterstattung über Corona – besonders über die Big-Pharma-Spritze – und über die Ereignisse in der Ukraine haben die öffentlich-rechtlichen Medien allerdings einen wahrscheinlich noch nie dagewesenen Ausmaß an Einseitigkeit und Verlogenheit erreicht. Die ehemaligen Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam, haben seit Jahren – und schon vor Einführung der sogenannten „Rundfunkbeitragspflicht“ – fast täglich und manchmal auch mehr als nur einmal am Tag Beschwerden gegen die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingelegt. Diese Beschwerden waren jedes Mal mit unbestreitbaren Beweisen untermauert, trotzdem ist die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seitdem nicht objektiver geworden, sondern ganz im Gegenteil. Allein schon die reichlich dokumentierten Verflechtungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit transatlantischen und neoliberalen Lobbyorganisationen wie etwa der Atlantik-Brücke sind ein klarer Verstoß gegen das vertraglich geregelte Objektivitäts- und Unabhängigkeitsgebot. Nach deutschem Vertragsrecht hätte wegen eines solchen kontinuierlichen Verstoßes einer Vertragspartei gegen die Vertragsbedingungen trotz zahlreicher Mahnungen und Beschwerden die andere Vertragspartei – also der Beitragszahler – ein Recht auf fristloser Kündigung des Vertrages. Wie ich allerdings erwartet habe, habe ich natürlich vor Gericht verloren. Nicht deshalb, weil meine Argumente falsch waren, sondern deshalb, weil die deutschen Gerichte immer wieder neue Gesetzeslücken und Grauzonen finden, um dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in jeder Gerichtsverhandlung gegen den gesunden Menschenverstand Recht zu geben.

Die öffentlich-rechtlichen Medien wollen uns heute weismachen, dass das „böse“ „aggressive“ Russland im Februar 2022 die „arme“ Ukraine völlig unprovokiert angegriffen habe, und wir sollen diese Meinung völlig unhinterfragt als selbstverständlich akzeptieren. Der Krieg in der Ukraine hat aber nicht im Jahr 2022, sondern schon im Jahr 2014 begonnen, als westliche Mächte – darunter die USA und die BRD – die demokratisch gewählte Regierung von Wiktor Janukowytsch gestürzt haben. Wegen dieses völkerrechtswidrigen Staatsstreiches wollte ein großer Teil der ukrainischen Bevölkerung – insbesondere im Osten des Landes – die neue Putsch-Regierung nicht anerkennen, und suchte die Nähe zu Russland. So stimmten im selben Jahr über 96 Prozent der Bevölkerung auf der Krim für den Anschluss an Russland. Der Donbass hatte ein weniger glückliches Schicksal und stand acht Jahre lang unter ständigem und heftigem Beschuss der ukrainischen Armee, bevor Russland ihn als Teil seines Territoriums anerkannte. Während dieser acht Jahre suchte Wladimir Putin kontinuierlich den Dialog und den Kompromiss mit den westlichen Staaten und mit der Ukraine selbst. Spätestens seit letztem Jahr wissen wir jedoch von der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ehemaligen französischen Präsidenten François Hollande persönlich, dass die beiden Minsk-Abkommen für die westlichen Staaten nur dazu dienten, der Ukraine Zeit zu verschaffen, um ihr Militär für einen Krieg gegen Russland vorzubereiten. Der Ukraine wurde 2018 vonseiten der NATO offiziell der Status eines Beitrittskandidaten verliehen, und im Februar 2019 wurde das Ziel eines NATO-Beitritts in der ukrainischen Verfassung festgeschrieben. Wegen der Möglichkeit, durch den NATO-Beitritt eines Landes NATO-Truppen

und Raketensystemen im jeweiligen Land zu stationieren, betrachtet Russland einen NATO-Beitritt der Ukraine und generell die Ausbreitung der NATO auf die Oststaaten zurecht als eine Bedrohung für die eigene Sicherheit. Wer auf diese Tatsachen in der Öffentlichkeit hinweist, wird von den Mainstream-Medien systematisch als Putin-Unterstützer und Kreml-Propagandist dargestellt.

Die Meinung, Russland sei der Aggressor und habe die Ukraine völkerrechtswidrig und unprovokiert angegriffen, ist jedoch unter Völkerrechtlern und Menschenrechtlern bei weitem nicht einstimmig. So vertritt zum Beispiel der Rechtsanwalt für Menschenrechte und Friedensaktivist Daniel Kovalik den Standpunkt, dass Russland mit dem Eingriff in der Ukraine von seinem Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta Gebrauch gemacht und somit trotz fehlenden UN-Mandats aus Sicht des Völkerrechts legal gehandelt habe. Dieser Standpunkt wird in den Mainstream-Medien nicht einmal erwähnt, sondern wird völlig verschwiegen. Dass Russland allerdings nicht völlig unprovokiert in der Ukraine interveniert hat, wird beispielsweise von der Tatsache gestützt, dass ein einflussreicher Think Tank wie die RAND Corporation im Jahr 2019 die Destabilisierung von Russland u. a. durch die Ukraine zum Ziel der USA erklärt hat. Und selbst wenn die öffentlich-rechtlichen Medien der Meinung sind, Russland sei in diesem Fall deshalb der Aggressor, weil es ohne UN-Mandat gehandelt habe, rechtfertigt das in keinem Fall die als selbstverständlich dargestellte allgemeine Meinung, die sie propagieren, dass es für Deutschland und andere europäische Staaten notwendig sei, sich bedingungslos auf die Seite der USA und der NATO zu stellen, der Ukraine Waffen und Munition zu liefern und Russland zu sanktionieren. Sollte sich Russlands Eingriff in der Ukraine wegen fehlenden UN-Mandats tatsächlich als völkerrechtswidrig erweisen, so sind die etlichen US- und NATO-Eingriffe in fremden Staaten wie etwa Vietnam, Jugoslawien, dem Irak und Syrien nach demselben Maßstab mindestens genauso völkerrechtswidrig, mit dem Unterschied, dass Russland ein einziges Mal – also ausnahmsweise – unmittelbar hinter seiner eigenen Grenze interveniert hat, während die USA und die NATO-Staaten unzählige Male – und somit systematisch – Tausende Kilometer von dem eigenen Territorium entfernt in deutlich schwächeren Ländern eingegriffen haben. Allein schon wegen der großen Entfernung und der Ungleichheit in der militärischen Stärke konnten diese angegriffenen Länder keine glaubwürdige Bedrohung für die Sicherheit der USA und der NATO-Staaten darstellen. In diesen Fällen von westlichen völkerrechtswidrigen Angriffskriegen gab es jedoch in den Mainstream-Medien und unter den regierenden Politikern weder eine systematische und konsequente Verurteilung noch laute Forderungen und Befürwortungen von Sanktionen gegen die Aggressorstaaten und von Waffenlieferungen an die Angegriffenen. Selbst in den Fällen, wo die BRD sich an den völkerrechtswidrigen Aggressionen beteiligt hat, blieben die einstimmigen Verurteilungen gerade in den öffentlich-rechtlichen Medien aus. Diese Doppelmoral ist in keiner Weise gerechtfertigt oder nachvollziehbar. Während diejenigen – wie etwa Daniele Ganser – die über die illegalen US- und NATO-Kriege informieren und diese zurecht kritisieren, des „Antiamerikanismus“ beschuldigt werden, gewähren die öffentlich-rechtlichen Medien ihrer eigenen Russophobie einen Freilauf.

Schließlich werden die westlichen Staaten – vor allem die USA, die BRD und die meisten NATO-Staaten – in den öffentlich-rechtlichen Medien (und den weiteren Mainstream-Medien) systematisch und unhinterfragt als „Demokratien“ dargestellt. Der seit Jahrzehnten andauernde Demokratieabbau durch den zunehmend autoritären Charakter des Neoliberalismus und den kontinuierlichen Sozialabbau, den angeblichen „Krieg gegen den Terror“ und die darauffolgenden Ausnahmezustände, die Krise der Repräsentation, und schließlich die willkürlichen Maßnahmen und den Impfbzwang während der Corona-Zeit wird dabei völlig ignoriert. Auch die Tatsache, dass der investigative Journalist und WikiLeaks-Gründer Julian Assange seit Jahren als politischer Gefangener festgehalten und mittlerweile auch der Folter ausgesetzt wird – wie der Bericht vom UNO-Sonderberichterstatter Nils Melzer belegt – ist mit der Selbstdarstellung des Westens als angebliches Vorbild der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbar.

Russland wird wiederum in den Mainstream-Medien systematisch als „autoritärer Gegner und Feind“ der angeblichen „westlichen Demokratien“ dargestellt. Inwiefern der Westen demokratischer als Russland sei, bleibt dahingestellt. Für die Verteidigung dieses Standpunkts beschränken sich diese Medien darauf, ohne jegliche Beweise zu behaupten oder anzudeuten, dass Russland politische Morde und Mordversuche an Oppositionellen wie Boris Nemzow und Sergei Skripal oder weitere Verbrechen wie den Absturz des Flugs MH17 begehe. Die Gegenhypothese, dass diese Verbrechen auch von Feinden Russlands begangen worden sein könnten, um Russland in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen, wird von den angeblichen „Qualitätsmedien“ völlig ausgeblendet. Über Russland sind die wildesten Verschwörungstheorien erlaubt, wie etwa, Russland könne die Ukraine mit Biowaffen angreifen (obwohl Russland lediglich seine eigenen Bedenken über die von den USA finanzierten Biolabore auf ukrainischem Territorium geäußert hat).

Am skurrilsten ist jedoch die Darstellung der Ukraine und Wladimir Selenskis in denselben Medien als „Verteidiger der Demokratie, der Freiheit und der westlichen Werte“ gegen das angeblich „böse“ und „autokratische“ Russland, wobei es bewiesen ist, dass das ukrainische Regime alles andere als demokratisch – vor allem in Bezug auf ethnische Minderheiten und Oppositionelle – ist und zudem nachweislich mit Rechtsextremisten zusammenarbeitet. Der einzig wahre Kern dieser Narrative besteht darin, dass die so genannten „westlichen Werte“ als Exportprodukt in Wirklichkeit nie etwas mit Demokratie und Freiheit zu tun hatten, sondern schon immer in Form von Unterdrückung und Vorherrschaft an die Empfänger geliefert wurden. Mit den Waffenlieferungen an die Ukraine werden die deutschen Steuerzahler gezwungen, einen Staat zu unterstützen, der mit Rechtsextremisten kooperiert, Biolabore im Auftrag der USA betreibt, und dessen Inlandsgeheimdienst SBU und Innenministerium an der Führung einer „Fahndungsliste“ bzw. vermeintlichen „Kopfgeldliste“ namens Mirotworez beteiligt sind, in der u. a. auch persönliche Daten von deutschen Bürgern veröffentlicht werden. Durch die verzerrte Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien wird dafür gesorgt, dass die deutsche Bevölkerung ihre eigene Verarmung durch die Sanktionen gegen Russland hinnimmt und auf preiswertes russisches Gas und andere günstige russische Rohstoffe zugunsten von teuren – und häufig auch ökologisch problematischen – angeblichen „Alternativen“ u. a. aus den USA verzichtet und eine aus dem Ruder geratene Inflation in Kauf nimmt. Ferner wird die BRD gezwungen, um sich von einem angeblichen Aggressorstaat unabhängig zu machen, sich einem tatsächlichen imperialistischen und kriegstreiberischen Aggressorstaat, der ihre Regierung seit Jahren spionierte, zu unterwerfen. Hiermit sind natürlich die USA gemeint.

Wie viele akademische Untersuchungen und Werke belegen, handelt es sich bei dem Systemkampf zwischen dem Westen einerseits und Staaten wie Russland und China andererseits nicht um einen Kampf zwischen „Demokratie“ und „Diktatur“, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen dem Neoliberalismus (das westliche System), in dem Großkapitalisten mächtiger und einflussreicher als Staaten werden können und diese vereinnahmen können, und Gegenmodellen (z. B. China, Russland, Venezuela oder Kuba), in denen der Staat über dem Kapital steht. Die Systemfrage ist heute glasklar: Sozialistische Multipolarität oder „Great Reset“? Sozialistische Multipolarität oder technofeudalistische Tyrannei? Wir können uns noch entscheiden!